

Lohndumping von SCHLECKER ist menschenverachtend und belastet Steuerzahler

Der Kreisverband DIE LINKE Schweinfurt solidarisiert sich mit den SCHLECKER-Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di. Sie verurteilt die Strategie von SCHLECKER, mit den neuen XL-Märkten seinen Angestellten "betriebsbedingt" zu kündigen, um sie dann durch eine firmennahe Leiharbeitsfirma für die Hälfte des Lohnes von ca. 6,50 Euro brutto wieder einzustellen.

Nötig hätte es Firmeneigner Anton Schlecker nicht. Er zählt mit einem geschätzten Vermögen von 2,4 Milliarden Euro zu den reichsten Deutschen.

Die Verkäuferinnen und Verkäufer können dagegen von diesen Niedriglöhnen weder sich noch ihre Familien ernähren. Sie sind gezwungen, ihr Einkommen mit Hartz IV aufzustocken. In Deutschland subventioniert der Steuerzahler solche Niedriglöhne laut Bundesagentur für Arbeit monatlich mit über 700 Millionen Euro. Auch in unserer Region hat die Zahl der sogenannten „Aufstocker“ zugenommen. 27,5 Prozent der Hartz IV-Bezieher in der Stadt Schweinfurt und 28,8 Prozent aus dem Landkreis sind noch zusätzlich erwerbstätig.

Die LINKE Schweinfurt fordert einen gesetzlichen Mindestlohn, um dem Lohndumping Einhalt zu gebieten.